

Westphalen, Jürgen

Article — Digitized Version

Neue Impulse für die "Allianz für den Fortschritt"?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Westphalen, Jürgen (1963) : Neue Impulse für die "Allianz für den Fortschritt"?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 12, pp. 511-514

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133358>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, wird auch das europäische Privatkapital in die zukunftsreichen Märkte Lateinamerikas fließen.

Hinsichtlich der öffentlichen Entwicklungshilfe der EWG ist zu bemerken, daß zwar die einzelnen Mitgliedsländer bisher seit 1958 ebenso Entwicklungshilfe an Lateinamerika wie an andere Entwicklungsländer gegeben haben, wie etwa der jüngste deutsche Kredit an Brasilien beweist — um nur ein Beispiel zu nennen —, doch handelt es sich hier ausschließlich um bilaterale Kredite. Da die EWG-Länder aber sehr rasch zu einer Einheit verschmelzen, wird man auch auf diesem Gebiete nicht umhin können, künftig mehr als bisher Kapitalhilfe gemeinsam zu geben oder zumindest sehr eng aufeinander abzustimmen. Ein guter Ansatzpunkt für eine sichtbare Aktion der EWG in Lateinamerika auf diesem Gebiete könnte eine offizielle Mitwirkung an der bereits bestehenden „Allianz für den Fortschritt“ sein. Eventuell wäre es sogar zu überlegen, ob man die Mittel der EWG nicht in einer Art Entwicklungsfonds nach dem Beispiel der afrikanischen Assoziierten zusammenfaßt. Man wird allerdings in Lateinamerika Verständnis dafür haben müssen, daß die Kapitalhilfe für die EWG den Teil der Lateinamerika-Politik darstellt, der am schwierigsten zu gestalten sein wird, denn hier treffen die nationalen Interessen und damit die nationalen Gegensätze am pointiertesten aufeinander.

Diese „materiellen“ Teile einer Lateinamerika-Politik der EWG wären zu ergänzen durch eine bessere Information über Ziel und Maßnahmen des Gemeinsamen Marktes. Einen Anfang stellt der im Juni dieses Jahres vom Ministerrat geschaffene Kontaktausschuß zwischen der EWG und den bei ihr akkreditierten lateinamerikanischen Botschaftern in Brüssel dar. Er allein genügt jedoch nicht, sondern muß durch ein Gegenstück in Lateinamerika ergänzt werden. Eine Informationsstelle über die EWG in Lateinamerika würde sich nach übereinstimmender Meinung sehr positiv auswirken.

Rahmenabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Ansatzpunkte, um die Benachteiligung Lateinamerikas durch die europäische Integration zu beseitigen und abzumildern, sind also in großer Zahl vorhanden. Sie

beschränken sich nicht nur auf den handelspolitischen Bereich, wenngleich dort naturgemäß die Schwerpunkte liegen. Viele Maßnahmen werden auch nicht ausschließlich Lateinamerika, sondern allen Drittländern zugute kommen.

Angesichts der nun einmal in Lateinamerika vorhandenen psychologischen Ressentiments gegenüber der EWG wäre zu überlegen, wie man die EWG-Aktion optisch zusammenfassen könnte. Hierfür bietet sich ein Rahmenabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit geradezu an, zumal in einer derartigen Vereinbarung auch alle die Maßnahmen festgehalten werden könnten, die Lateinamerika von sich aus zur Stabilisierung seiner Beziehungen zur EWG auf Grund der veränderten Bedingungen beitragen könnte und müßte. Dabei ist durchaus denkbar, daß ein solches Rahmenabkommen nicht nur einen Katalog konkreter Maßnahmen, sondern auch einige Absichtserklärungen, etwa auf der Basis des dem Ministerrat von der EWG-Kommission zur Entscheidung vorgelegten „Aktionprogramms für Lateinamerika“, enthält. Im übrigen könnten im Rahmen eines derartigen Globalvertrages mit den einzelnen Ländern Lateinamerikas individuelle Abmachungen getroffen werden.

Auf jeden Fall drängt die Zeit. Die EWG muß sich relativ rasch über eine gemeinsame Linie gegenüber den lateinamerikanischen Ländern einigen. Wie aufgezeigt wurde, werden zumindest die handelspolitischen Probleme in den beiden bevorstehenden Welt-handelskonferenzen zur Sprache kommen. Während das Schwergewicht der GATT-Verhandlungen zwar in Verhandlungen zwischen der EWG und den USA liegen wird und Lateinamerika — abgesehen von dem möglichen Abschluß weltweiter Agrarabkommen — nur indirekt von den Zollsenkungen bei industriellen Produkten profitieren könnte, werden im Rahmen der UN-Weltkonferenz für Handel und Entwicklung die lateinamerikanischen Wünsche ganz pointiert vorgebracht werden. Das deutet sich nicht nur damit an, daß die Anregung für diese Konferenz ja bekanntlich von den Entwicklungsländern ausging, sondern auch dadurch, daß der profilierteste Wirtschaftspolitiker Lateinamerikas, der ehemalige Leiter der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), Dr. Raúl Prebisch, Generalsekretär dieser Konferenz sein wird.

Neue Impulse für die „Allianz für den Fortschritt“?

Dr. Jürgen Westphalen, Hamburg

Vor reichlich zwei Jahren — im August 1961 — fand in Punta del Este (Uruguay) eine bedeutsame Konferenz des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates statt, auf der die Vertreter der Mitgliedsländer der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über das von Präsident Kennedy vorgeschlagene und seither unter dem Namen „Allianz für den Fortschritt“ bekannt gewordene Programm berieten.

Die in der Charta von Punta del Este niedergelegten Ergebnisse dieser Konferenz stellen ein umfassendes Rahmenprogramm der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des gesamten lateinamerikanischen Subkontinents dar; mit Ausnahme von Kuba haben sämtliche Mitgliedsländer dieses Dokument unterzeichnet. Wichtigstes Ziel dieses Programms ist es, die — seitens der Industrieländer der westlichen Welt, vor-

allem von den USA — den Ländern Lateinamerikas von Fall zu Fall gewährten Unterstützungen in eine langfristige, systematische und gezielte Entwicklungspolitik auf der Grundlage partnerschaftlicher Zusammenarbeit umzuwandeln.

Ungerechtfertigte erste Reaktion

Von Anfang an ist die Charta von Punta del Este Gegenstand lebhafter, häufig sogar erbitterter Diskussionen gewesen. Schon in den ersten Monaten nach Unterzeichnung fehlte es nicht an vereinzelt skeptischen Stimmen, die Zweifel an der Realisierbarkeit dieses großen Planes zum Ausdruck brachten. Damals fanden jedoch die Skeptiker im allgemeinen noch wenig Gehör; ihre Äußerungen wurden übertönt von den zahlreichen Stimmen der Zustimmung und Begeisterung. In weiten Kreisen der Öffentlichkeit — nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in den USA — glaubte man, in der „Allianz für den Fortschritt“ den Schlüssel für die Lösung der lateinamerikanischen Entwicklungsprobleme gefunden zu haben. Man setzte Erwartungen in die Charta von Punta del Este, die sich schlechterdings nicht erfüllen konnten; die Charta wurde allzu leichtfertig als ein „Marshall-Plan für Lateinamerika“ bezeichnet, ohne daß dabei auch nur im geringsten bedacht wurde, wie anders als im Westeuropa der ersten Nachkriegszeit der gesamtwirtschaftliche und soziale Hintergrund aussieht, vor dem ein lateinamerikanischer Entwicklungsplan verwirklicht werden muß.¹⁾

Die übertriebenen Erwartungen, die an die Charta geknüpft wurden, und die auffallende Begeisterung, die die Allianz zunächst hervorrief, erklären sich also zum guten Teil aus übereilt gefaßten, irrigen Vorstellungen, zum Teil allerdings wohl auch aus dem sehr dringenden Wunsch nach baldiger Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, der in allen Bevölkerungsteilen Lateinamerikas lebendig ist. Nüchterne Beobachter, die sich von derartigen Wunschvorstellungen freihielten, konnten schon damals in den letzten Monaten des Jahres 1961 vorhersagen, daß die überspannten Hoffnungen zwangsläufig eine herbe Enttäuschung nach sich ziehen mußten.

Wachsende Resignation

In der zweiten Jahreshälfte 1962 und vollends im Jahre 1963 ist in der Tat die erste Begeisterung in scharfe Kritik umgeschlagen. Nachstehend seien drei wesentliche Argumente der Kritik wiedergegeben, die man heute immer wieder in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit hört:

Die USA bewilligen der Allianz zu geringe Finanzmittel. In der Charta von Punta del Este war den lateinamerikanischen Ländern für einen Zeitraum von zehn Jahren ein Mindestbetrag von 20 Mrd. US-\$ in Aussicht gestellt worden, der

¹⁾ Auf eine kurze Formel gebracht, liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen Marshallplan und Allianz in folgendem: In Westeuropa ging es um den Wiederaufbau, in Lateinamerika geht es dagegen — wenn man von einigen relativ fortschrittlichen Wirtschaftsregionen absieht — um den Neuaufbau leistungsfähiger Volkswirtschaften.

von den USA gemeinsam mit anderen westlichen Industrieländern aufgebracht werden soll. Man muß sich darüber im klaren sein, daß dieser Betrag für den gesamten lateinamerikanischen Subkontinent nicht mehr als eine „Starthilfe“ sein kann. Er reicht bei weitem nicht aus, um die Lösung auch nur der allerwichtigsten aktuellen Entwicklungsprobleme voll zu finanzieren.

Vom 1. Juli 1961 bis zum 28. Februar 1963, also innerhalb von 20 Monaten, haben die USA der Allianz 1,8 Mrd. US-\$ zur Verfügung gestellt; davon erhielten Chile rd. 300 Mill., Brasilien 289 Mill., Argentinien 165 Mill. und Kolumbien 164 Mill. US-\$. Reichlich 50 % des Gesamtbetrages entfielen also auf nur vier große und bereits relativ entwickelte lateinamerikanische Länder. Ferner sind bis August 1963 aus Mitteln der Allianz in Lateinamerika 140 000 Wohnungen und 8200 Schulräume gebaut und rd. 4 Mill. Schulbücher verteilt worden. Bei nüchterner Beurteilung muß man zugeben, daß mit diesen Leistungen immerhin ein erster, nicht unbedeutender Schritt getan worden ist. Wer allerdings von der Allianz die kurzfristige Lösung der lateinamerikanischen Gegenwartsprobleme erwartet hat, der muß von den bisherigen Ergebnissen bitter enttäuscht sein.

Die „Allianz für den Fortschritt“ ist keine Allianz im eigentlichen Sinne des Wortes. Man habe, so wird in Lateinamerika häufig gesagt, ein Verhältnis der Partnerschaft mit den USA angestrebt und müsse heute erkennen, daß der Partner im Norden in diesem Verhältnis ein erhebliches Übergewicht erlangt habe und von einem gemeinsamen Planen und Arbeiten auf gleicher Ebene nicht mehr die Rede sein könne. Gelegentlich wird den USA sogar eine „Einmischung“ in die interne Politik lateinamerikanischer Länder vorgeworfen oder — der Sache nach dasselbe, aber in wesentlich schärferer Formulierung — die Praktizierung einer kolonialistisch-imperialistischen Politik neuer Prägung.

Die Allianz wird durch den Hemmschuh einer schwerfälligen Bürokratie beeinträchtigt. Eine wesentliche Ursache für die langsame Realisierung der Ziele der Allianz glaubt man in der unbeweglichen Bürokratie und der unzureichenden Koordination aller zuständigen Beratungs- und Entscheidungsinstanzen erkannt zu haben. Dieser Gesichtspunkt ist, so sagen die kritischen Stimmen, in der sonst sehr sorgfältig ausgearbeiteten Charta zu oberflächlich behandelt worden. Infolgedessen fehlt heute eine Entscheidungsinstanz, die mit ausreichender Autorität ausgestattet und die in der Lage ist, gewissermaßen der „Motor der Allianz“ zu sein. Ein großer Teil der Initiative, die sich sehr nützlich auswirken könnte, wird bisher im Getriebe der Bürokratie zerrieben.

Die Allianz, die dem Fortschritt dienen sollte, hat sich innerhalb von nur zwei Jahren, wie man in Lateinamerika spöttisch sagt, in eine „Alianza sin Progreso“ — eine Allianz ohne Fortschritt — verwandelt. Um der wachsenden Unzufriedenheit und Resignation entgegenzuwirken, beauftragte die OAS

im Oktober 1962 zwei ehemalige Staatspräsidenten, den Brasilianer Juscelino Kubitschek und den Kolumbianer Alberto Lleras Camargo, Gutachten über die Möglichkeiten einer Neubelebung der „Allianz für den Fortschritt“ zu erarbeiten. Die Gutachten dieser beiden angesehenen Politiker waren die wichtigsten Grundlagen der Diskussion, die im November 1963 von rd. 600 Delegierten der OAS-Mitgliedsländer in São Paulo (Brasilien) geführt wurde.

Die Meinung der Experten

In verschiedenen wesentlichen Gesichtspunkten kommen die Gutachten von Kubitschek und Lleras Camargo zu übereinstimmenden Ergebnissen. Es fehlt in der Allianz, wie beide Experten feststellen, an leistungsfähigen Organen, vor allem an einem zentralen Organ, von dem starke Impulse für die Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas zu erwarten sind. Dieser offensichtliche Mangel hatte zur Folge, daß die Allianz einen „unilateralen Charakter“ zugunsten des stärksten Partners, also der USA, angenommen hat. Es wird daher angeregt, eine neue Institution zu schaffen, deren Hauptaufgaben es sein sollen, die verschiedenen Initiativen und Aktivitäten zu koordinieren, in regelmäßigen Zeitabständen den Mittelbedarf festzustellen und darüber hinaus auch über die Mittelverwendung zu entscheiden. Ferner soll diese Institution die Allianz nach außen hin vertreten. Es wird daher als besonders wichtig herausgestellt, daß mit der Leitung eine starke und überzeugende Persönlichkeit betraut wird.

Der für die Institution vorgeschlagene Name — Comité Interamericano de Desarrollo —, vor allem aber die „verheißungsvolle Abkürzung“ CID, veranlaßte das Nachrichtenmagazin „Visión“ zu dem treffenden Wortspiel: „Die Allianz sucht ihren Cid.“ Bemerkenswert an diesen Anregungen ist insbesondere der starke Einfluß, den man der neuen Institution auch in bezug auf die Entscheidung über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Finanzmittel übertragen will. Der Gedanke, die Mitsprachemöglichkeit der Geberländer in so erheblichem Maße einzuengen oder möglicherweise sogar ganz zu beseitigen, ist ein Novum in der internationalen Entwicklungspolitik. Fast ebenso auffallend ist aber auch die Zentralisierung der Verantwortung und Entscheidungsbefugnis, die eine wesentliche Einengung der Wirkungsmöglichkeiten der nationalen Regierungen bedeuten würde.

Die OAS hat ihrerseits einen Gegenvorschlag zur Diskussion gestellt, der auf die Schaffung eines Comité Interamericano de la Alianza para el Progreso (CIAP) abzielt. Die Kompetenzen des CIAP sollen nach dem OAS-Konzept nicht ganz so weit reichen wie diejenigen des CID; vor allem sollen den Regierungen der an der Allianz beteiligten lateinamerikanischen Länder größere Einflußmöglichkeiten erhalten bleiben. In allen Mitgliedsländern will man, so lautete die Anregung der OAS, bestimmte Kontaktinstitutionen — die Consejos Nacionales de Comercio Exterior (Nationale Außenhandelsräte) sowie die Coordinadores

Nacionales de la Alianza para el Progreso (Nationale Koordinationsstellen für Fragen der Allianz) — schaffen. Die OAS war also offensichtlich bestrebt, den in Lateinamerika einstweilen immer noch recht ausgeprägten nationalen Tendenzen Rechnung zu tragen.

Die Konferenz von São Paulo

Die auf der Konferenz von São Paulo über diesen Fragenbereich geführten Diskussionen haben deutlich werden lassen, daß vornehmlich die großen lateinamerikanischen Länder ihre bilateralen Kontakte nach Washington, Brüssel und anderen Zentren der Wirtschaft und Politik der westlichen Welt offenbar ungerne aufgeben. Diese Länder — ganz besonders ausgeprägt das Gastgeberland Brasilien — bevorzugten infolgedessen den „weicheeren“ OAS-Vorschlag und erreichten die Entscheidung, daß ein Comité Interamericano de la Alianza para el Progreso errichtet werden soll. Abgesehen von allen sachlichen Unterschieden, die diese Lösung gegenüber der Anregung der Ex-Präsidenten Kubitschek und Lleras Camargo aufweist, wurde allgemein auch der Name CIAP für geeigneter gehalten, weil er die dahinter verborgene Institution klar und eindeutig zu der „Allianz für den Fortschritt“ in Beziehung setzt. Sitz des CIAP soll Washington sein. Seine Hauptaufgaben werden darin bestehen, Anregungen für die Festigung der Allianz und die Verteilung der verfügbaren Mittel zu erarbeiten. Innerhalb von sechs Monaten sollen Richtlinien für die Schaffung eines Interamerikanischen Fonds der Allianz für den Fortschritt erlassen werden. Außerdem soll ein Ausschuß für lateinamerikanische Koordination (CECLA) gebildet werden, der im Hinblick auf die im März 1964 beginnende UN-Handelskonferenz in Genf versuchen soll, die Standpunkte der lateinamerikanischen Länder auf einen Nenner zu bringen.

Ob diese Entschlüsse von São Paulo geeignet sein werden, der Allianz tatsächlich in naher Zukunft einen spürbaren Impuls zu geben, oder ob vielleicht auch CIAP sich als neuer bürokratischer Hemmschuh erweisen wird, läßt sich heute noch nicht voraussehen. Man kann lediglich sagen, daß die Schaffung des CIAP eine sinnvolle Ergänzung der Charta von Punta del Este sein dürfte. Die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahme werden aber entscheidend davon abhängen, welche Persönlichkeiten mit der Wahrnehmung der CIAP-Aufgaben beauftragt werden und ob es gelingt, dieses neue Antriebsrad ohne ernsthafte Störungen in das Getriebe der Allianz-Bürokratie einzufügen.

Wird die Allianz überfordert?

Es ist zu hoffen, daß die kritische Zwischenbilanz von São Paulo auch in den lateinamerikanischen Ländern dazu beigetragen hat, ein realistischeres Bild von den Zukunftsaussichten der Allianz entstehen zu lassen. In den zurückliegenden Jahren ist die Allianz allzu häufig weit überfordert worden. Nachstehend seien einige Gesichtspunkte wiedergegeben, die bei einer Prognose der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas berücksichtigt werden sollten:

Die in der Charta von Punta del Este aufgezeigten Ziele sind großenteils typische strukturpolitische Ziele, die u. a. dadurch gekennzeichnet sind, daß sie sich nicht kurzfristig verwirklichen lassen. Als Beispiele seien hier erwähnt: die Beseitigung der Monokulturen, die Industrialisierung, die Verkehrerschließung, die Integration von Volkswirtschaften u. a. m.

Die Charta von Punta del Este umreißt in recht exakter Weise die „Eigenleistung“ der lateinamerikanischen Länder zur wirtschaftlichen und sozialen Weiterentwicklung. Insbesondere empfiehlt die Charta die Durchführung von Agrarreformen und Steuerreformen zur Erreichung einer gerechteren Einkommens- und Besitzverteilung, die Rationalisierung der Verwaltungsapparate und die Erarbeitung langfristiger Entwicklungspläne. Diese „Eigenleistung“ ist für den Erfolg der Allianz von fundamentaler Bedeutung. Bisher ist sie aber nur von wenigen Ländern — und auch von diesen nur in ersten unvollkommenen Ansätzen — erbracht worden. Sechs Unterzeichnerländer haben Entwicklungspläne, die den Anforderungen der Allianz entsprechen, vorgelegt. Erfolgverheißende Anfänge für Agrarreformen haben sich in jüngster Vergangenheit in Venezuela, der Dominikanischen Republik und Chile gezeigt.

In Lateinamerika selbst, und zwar in bestimmten Kreisen der Öffentlichkeit wird der Allianz immer noch ein ausgeprägtes Desinteresse oder sogar offener Widerstand entgegengebracht. Der Leiter der US-Delegation in São Paulo, Harriman, sprach in aller Offenheit von dem egoistischen, kurzfristigen Konservatismus mancher Lateinamerikaner. Nicht weniger treffend äußerte kürzlich der Erzbischof von Rio de Janeiro, man solle die Schuld für die gerin-

gen bisherigen Ergebnisse der Allianz nicht allein bei den USA suchen; sehr groß sei vielmehr auch die Verantwortung der besitzenden Schichten in Lateinamerika selbst: „Unsere Reichen sprechen zwar viel von grundlegenden Reformen, bezeichnen aber diejenigen, die sich zur Durchführung derselben entschlossen haben, als Kommunisten.“

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß im Laufe der letzten Monate die Stimmung in der öffentlichen Meinung der USA für eine stärkere entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem südlichen Subkontinent offenbar gesunken zu sein scheint. Der einflußreichste und energischste Kämpfer für die Allianz ist in den USA von Anfang an Präsident Kennedy gewesen. Wie in mancher anderen Hinsicht so muß auch im Hinblick auf die „Allianz für den Fortschritt“ einstweilen noch als sehr fraglich betrachtet werden, ob in absehbarer Zeit die Lücke, die der Tod des Präsidenten gerissen hat, durch eine ähnlich aktive und weltpolitisch gewichtige Persönlichkeit ausgefüllt werden kann.

Diese noch bestehenden Schwierigkeiten und offenen Fragen sollten jedoch keineswegs dazu veranlassen, die Charta von Punta del Este in Bausch und Bogen — wie es gelegentlich in letzter Zeit in Lateinamerika getan worden ist — als unnützes Papier abzulehnen. Das Programm von Punta del Este kann sich als ein sehr gutes und nützliches Programm erweisen, wenn man konsequent danach handelt. Die wesentlichen Erfolge des Handelns werden sich — darüber muß Klarheit bestehen — nicht von heute auf morgen erreichen lassen. Die Charta ist ein Rahmenprogramm für zehn Jahre, und es mag zweifelhaft erscheinen, ob ein Jahrzehnt für die anspruchsvollen Programmziele ein ausreichend bemessener Zeitraum ist.

Zur Industrialisierung in Pakistan

Heiko Körner, Hamburg

Pakistan, das Land an der Grenze zwischen der arabischen Welt und Asien, ist in den letzten Monaten besonders in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt. Mannigfache Konflikte mit seinen Nachbarländern sind aus dem virtuellen Stadium wieder in die Aktualität getreten; neue politische Potenzen — vor allem die wachsende Realität der auch den arabischen Grenzraum überschattenden Macht der Volksrepublik China — haben in Pakistan zu einer neuen politischen Bewußtseinsbildung geführt, die durchaus eine Neubewertung der bestehenden Allianzen und Bindungen im mittelöstlichen Raum zur Folge haben kann.

Auch die pakistanische Innenpolitik ist wieder in Bewegung geraten, nachdem im Sommer 1962 die Militärherrschaft durch ein konstitutionelles Regime abgelöst wurde. Zwar besteht auch heute keine Demokratie im Sinne der politischen Verfassung der alten Industrieländer. Es hat sich aber gezeigt, daß auch in einem

gesellschaftlich unterentwickelten Land ein sozialer Pluralismus existiert, der zwar oft noch zu keiner positiven Artikulierung fähig, aber doch schon imstande ist, die Herrschaftsansprüche eines einzigen Mannes und einer einzigen Gruppe mit Erfolg einzugrenzen.

Neue Kraft in der internationalen Politik

Es ist nicht sicher, in welche Richtung sich diese politischen Bewegungen letztlich entwickeln werden, wie stark Pakistan sich zu China hinwenden wird, wie sehr die wiedererstandene Parteienherrschaft nur als unfruchtbares Cliquensystem den Staat ausbeutet, anstatt ihn zu beleben. Aber sicher ist, daß Pakistan in der internationalen Politik eine neue Potenz darstellt und nicht mehr den stets ruhigen Winkel der Weltpolitik, der deshalb für Auslandsinvestitionen so günstig war; auch nicht mehr das Land, das unter der